

GUTACHTEN

Bundesfachschaftentagung 2022

Internationalisierung des Jurastudiums

Workshop Nr. 4

Angelina Ludowika Marcus

Mark Steffen

Julius T. Stamkort

BRF

Bundesverband
rechtswissenschaftlicher
Fachschaften e.V.

Inhaltsverzeichnis

A.	Einleitung	1
I.	Vorangegangene Beschlüsse des BRF	1
1.	Bundesfachschaftentagung 2018 in Münster	1
2.	Bundesfachschaftentagung 2013 in Wiesbaden	1
II.	Diskussionsgrundlage	2
B.	Bologna- Modell	3
C.	Schlusswort	3
	Impressum	5

A. Einleitung

Im Rahmen dieses Workshops soll sich mit der Internationalisierung des Jurastudiums auseinandergesetzt werden. Eine Vielzahl an grenzüberschreitenden Sachverhalten hat aufgezeigt, dass es dringend einer solchen Internationalisierung bedarf. Eine internationale Jurist:innenausbildung erscheint allerdings aufgrund der Vielzahl an verschiedenen Justizsystemen und Rechtsquellen nahezu unmöglich. Nichtsdestominder sollen in diesem Workshop eine vertiefte Internationalisierung diskutiert und gleichzeitig die Grenzen aufgezeigt werden. In der Vergangenheit hat der BRF bereits einige Beschlüsse hinsichtlich dieses Themas gefasst, auf welche wir gerne zurückgreifen möchten. Ausgehend von diesen Beschlüssen möchten wir Euch zu einer regen Diskussion ermutigen. Ziel des Workshops soll es sein, die Internationalisierung des Jurastudiums weiter voranzutreiben.

I. Vorangegangene Beschlüsse des BRF

Besonders stark wurde sich auf den Bundesfachschaftentagungen 2018 in Münster sowie 2013 in Wiesbaden mit diesem Thema auseinandergesetzt. Die jeweiligen Beschlüsse könnt ihr nachfolgend zusammenfassend nachlesen.

1. Bundesfachschaftentagung 2013 in Wiesbaden

Eine erstmalige Auseinandersetzung mit dem Thema "Internationalisierung" hat 2013 im Rahmen der Bundesfachschaftentagung in Wiesbaden stattgefunden. Zusammenfassend wurde beschlossen, dass dem Europarecht ein höherer Stellenwert zukommen soll. Dieses soll bereits ab dem zweiten Semester, unterstützt von einer begleitenden AG, gelehrt werden. Bereits seit 2013 fordert der BRF, dass Veranstaltungen zum Internationalen Privatrecht angeboten werden sollen. Die Fremdsprachenausbildung soll durch Muttersprachler:innen erfolgen, Auslandsaufenthalte im Rahmen des Jurastudiums sollen vereinfacht werden.

2. Bundesfachschaftentagung 2018 in Münster

Zuletzt wurde sich im Rahmen der Bundesfachschaftentagung 2018 in Münster mit dem Thema auseinandergesetzt.¹ In diesem Rahmen wurde beschlossen, dass der Internationalisierung im Studium Rechnung getragen werden muss, dies allerdings auch nicht zu einer Mehrbelastung der Studierenden führen darf. Insbesondere soll das internationale Privatrecht Bestandteil der staatlichen Pflichtfachprüfung in allen Bundesländern werden. Zudem soll es den Studierenden möglich sein, sich in einem Grundlagentest Kenntnisse des internationalen Rechts anzueignen. Die Lehrenden sollen bereits im Grund- und

¹ Beschlussbuch der BuFaTa 2018 in Münster: <https://bundesfachschaft.de/wp-content/uploads/2018/06/Beschlussbuch-2018.pdf> (zuletzt abgerufen am 29.05.2022).

Hauptstudium dazu ermutigt werden, den Studierenden internationale Bezüge aufzuzeigen und Lehrmaterialien sollen entsprechend angepasst werden.

Weiter befürwortet der BRF die Einrichtung von bi- und internationalen Studiengängen. Fakultäten sollen dabei ihre jeweilige geographische Stellung beachten und entsprechende grenzüberschreitende Kooperationen sollen gefördert werden. Weiter wurde sich auch dem Thema „Erasmus und Ausland“ gewidmet. Dazu empfiehlt der BRF die Studierenden umfangreich über internationale Austauschprogramme zu informieren. Zudem setzt er sich dafür ein, dass das Erasmus-Programm mit dem Vereinigten Königreich weiterhin aufrechterhalten wird.

Darüber hinaus wurde sich intensiv mit dem Themenblock „Praktika“ sowie „Fremdsprachen“ auseinandergesetzt. So wurde beschlossen, dass der BRF sich dafür einsetzt, dass die Prüfungsämter einheitlich die Einbringung von im Ausland erworbene Prüfungsleistungen im Inland ermöglichen. Weiter sollen etwaige Auslandspraktika bundesweit anrechenbar und administrative Hürden bei der Durchführung und Anrechnung von Auslandspraktika abgebaut werden. Auch fordert der BRF die Fakultäten dazu auf, internationale Moot Courts anzubieten. Den Mitgliedsfachschaften wird zudem geraten, die Studierenden über die Finanzierungsmöglichkeiten eines Auslandsaufenthaltes besser zu informieren.

Im Rahmen des Themenblocks „Fremdsprachen“ wurde weiter eine bundeseinheitliche Umsetzung eines juristischen Fremdsprachenzertifikates durch alle Fakultäten empfohlen und angeregt die Studierenden nicht nur im Schriftlichen, sondern auch im Mündlichen abzufragen und entsprechend zu fördern.

II. Diskussionsgrundlage

Bitte haltet in Vorbereitung auf diesen Workshop einmal stichpunktartig fest, inwieweit dem Europarecht an Eurer Universität tatsächlich dieser gewünschte höhere Stellenwert zukommt. Im Rahmen des Workshops möchten wir sodann mit Euch überlegen, welche Themengebiete des Europarechts es gilt, vertiefter zu lehren. Abseits des Europarechts möchten wir Euch bitten, in Eurem Vorlesungsverzeichnis zu überprüfen, inwieweit das internationale Privatrecht an Eurer Universität gelehrt wird. Auch bezüglich der Beschlüsse hinsichtlich Auslandspraktika und Erasmus möchten wir mit Euch eine kurze Bestandsaufnahme vornehmen: Eine Datengrundlage für die Arbeit im Workshop findet sich im [Abschlussbericht des Arbeitskreises Juristische Ausbildung II aus dem Amtsjahr 2020/21](#), der eine Umfrage zum Zugang zu Auslandsprogrammen durchgeführt haben. Demnach absolvieren knapp ein Fünftel aller Studierenden einen Auslandsaufenthalt während ihres Studiums.² Ausgehend von diesen Zahlen gilt es im Rahmen des Workshops Optimierungsvorschläge zu erarbeiten und etwaige Aufträge an die Arbeitskreiskonferenz bzw. Änderungsanträge für das [Grundsatzprogramm](#) zu formulieren. Wir möchten mit Euch weitergehend gemeinsam Wege erarbeiten, wie es den Studierenden ermöglicht werden kann, abseits des eigenen Rechtssystems weitere Rechtssysteme im Vergleich wahrzunehmen und kennenzulernen.

² BRF/Franz/Wienhausen, Abschlussbericht Arbeitskreis Juristische Ausbildung II (2021), S. 4 f.

Zudem möchten wir mit Euch überlegen, wie bereits im Studium stärkere internationale Bezüge geschaffen werden können.

B. Bologna- Modell

Nachfolgend wird kurz auf das Bologna-Modell erörtert, um sodann im Rahmen des Workshops zu diskutieren, inwieweit sich das Bologna-Modell in der Jurist:innenausbildung umsetzen lässt, und ob das überhaupt gewollt und sinnvoll ist.

Am 19.06.1999 haben sich mit der Erklärung von Bologna 29 europäische Bildungsminister:innen zur Schaffung eines einheitlichen europäischen Hochschulraumes ausgesprochen. Geplant war die Umsetzung bis 2010. Weitere Staaten haben sich dieser Erklärung zu einem späteren Zeitpunkt angeschlossen.³

Die Bologna-Erklärung sieht dabei u.a. die Schaffung einer einheitlichen Studienstruktur innerhalb Europas vor.⁴

Insbesondere sollte im juristischen Bereich die Ausbildung zu einem:r europäischen Jurist:in und zur Wiedergewinnung eines „ius commune“ erzielt werden und so die nationale Beschränktheit des Jurist:innenberufs überwunden werden.⁵

Nach wie vor wurde das Jurastudium allerdings nicht an die Reform angepasst. Dies liegt daran, dass sich bislang alle Statusgruppen, auch wir Studierende, sich gegen diese Entwicklung stemmten. Der BRF wurde schließlich vor zehn Jahren gegründet, um die Bolognareform zu verhindern. Trotzdem soll eine Internationalisierung auch in unserem bestehenden System möglich sein. Es gibt bereits einige Formate, die die Anrechnung von internationalen Studiengängen und im Ausland erbrachten Leistungen im Staatsexamen ermöglichen.⁶ Internationalisierte Inhalte wie europäische Verordnungen und Richtlinien sowie zum Beispiel ein standardisiertes Schuldrecht nehmen auch immer mehr Platz ein. Wir wollen daher zur Internationalisierung des Jurastudiums Ideen sammeln und etwaige Aufträge an die Arbeitskreiskonferenz formulieren.

C. Schlusswort

Wir sind der festen Überzeugung, dass es eines Jurastudiums bedarf, welches sich nicht ausschließlich auf die nationale Rechtsordnung bezieht. Vielmehr gilt es bereits im Grund- und Hauptstudium einen internationalen Bezug zu schaffen. Dies wird vor allem aufgrund der Einwirkung des Europarechts auf nationales Recht deutlich. Die Studierenden müssen insbesondere im Zeitalter der Globalisierung besser

³ Hirte/Mock, JuS-Beilage 2005, 3, 3.

⁴ Hirte/Mock, JuS-Beilage 2005, 3, 3.

⁵ Weber-Grellet, ZRP 2016, 170, 171.

⁶ Vgl. BRF/Franz/Wienhausen, Abschlussbericht Arbeitskreis Juristische Ausbildung II (2021), S. 15 ff.

auf eine Arbeit im internationalen Kontext vorbereitet werden. Angesichts vieler grenzüberschreitender Sachverhalte und Krisen wie Pandemien oder des menschengemachten Klimawandels kann es sogar essenziell sein, primär aus internationaler Sicht zu lernen und zu denken.

Vielen Studierenden ist es nicht oder nur schwer möglich einzelne Semester im Ausland zu verbringen. Aufgrund dessen sollte nicht nur besser über die verschiedenen Möglichkeiten eines Auslandsaufenthaltes informiert werden, auch gilt es, die Angebote an deutschen Universitäten zu erweitern. Dies kann in Form von Sprachkursen, Vorlesungen mit internationalen Bezügen oder Moot Courts und Legal Clinics erfolgen.

Impressum

Herausgeber

Bundesverband rechtswissenschaftlicher Fachschaften e.V.
c/o FSR Rechtswissenschaften der Universität Hamburg
Rothenbaumchaussee 33
20148 Hamburg
www.bundesfachschaft.de
info@bundesfachschaft.de

Text

Angelina Ludowika Marcus
Mark Steffen
Julius T. Stamkort

Mit Unterstützung von Jonathan Franz